

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 8 (1980)

DOI: 10.11588/fr.1980.0.50460

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Gilbert BADIA u. a., *Les barbelés de l'exil. Etudes sur l'émigration allemande et autrichienne (1938–1940)*, Grenoble (Presse Universitaire) 1979, 443 S.

Die Tatsache, daß die deutsche und österreichische Emigration nach Frankreich während der Herrschaft des Nationalsozialismus weitgehend unerforscht ist, hat eine Studiengruppe von Historikern und Germanisten zum Anlaß genommen, dieser Frage intensiver nachzugehen. Der vorliegende Band ist das erste respektable Ergebnis ihrer Bemühungen. Mit ihrer durchweg kritischen Grundhaltung wenden sie sich gegen eine weit verbreitete Tendenz, unangenehme Dinge zu verdrängen. »Comme si la conscience collective des Français voulait gommer, effacer une page de notre histoire qui ne fut pas précisément glorieuse, puisque les plus actifs de ces antifascistes, de ces opposants à Hitler, furent jetés dans des camps, internés, au moment précis où la France déclara la guerre au Troisième Reich.« (S. 7).

Auf Aktenmaterialien ebenso wie auf publizistischen Quellen und Interviews basierend sind die insgesamt neun Mitarbeiter des vorliegenden Bandes unterschiedlichsten Themen nachgegangen. Sowohl die allgemeine Problematik der Emigranten in einem Land, das sich je länger desto mehr um gute Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland bemühte, wie die publizistische Tätigkeit der Flüchtlinge in Frankreich wie schließlich Organisation und Lebensbedingungen in den Lagern, dessen größtem, dem Lager von Gurs, eine eigene Studie gewidmet ist, gehören zu den Themen des Bandes. Es ist zu wünschen, daß die Planung der Gruppe, weitere Untersuchungen über andere Zeiträume zu veröffentlichen, realisiert werden kann.

Gottfried NIEDHART, Mannheim

Seppo MYLLYNIEMI, *Die baltische Krise 1938–1941*, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1979, 167 S. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 38).

Es gehört zum Schicksal der baltischen Länder, nicht nur bis ins 19. Jh. »in Fragen der höchsten Politik das Schlachtfeld« gewesen zu sein (Graf Peter Šuvalov, 1870), sondern auch bei Entstehung und Untergang ihrer nur zwanzigjährigen Selbständigkeit in engster Verknüpfung mit den Ereignissen der großen Politik gestanden zu haben. Zwischen 1920 und 1936 gleichsam in einer »windstillen Bucht« gelegen, wurden sie in den folgenden Jahren erneut zu einem »Wetterwinkel der internationalen Auseinandersetzungen« (G. v. Rauch). Vor dem Hintergrund einer konkreten Zuspitzung der weltpolitischen Lage erhalten ihre zu spät unternommenen Einigungsbemühungen auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet in der zunehmenden Ausweglosigkeit einen wahrhaft tragischen Charakter.

Der finnische Historiker Seppo Myllyniemi wendet sich, nachdem er bereits 1973 eine fundierte Untersuchung der deutschen Besatzungspolitik im Baltikum vorgelegt hatte,<sup>1</sup> in seinem neuesten Werk den vier Jahren der »baltischen Krise« zwischen Münchner Abkommen und dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion zu – einer Phase, von der er zu recht sagt, daß sie insbesondere in ihrer sog. »Stützpunktperiode« von der Forschung bislang überwiegend aus der Sicht der Großmächte betrachtet worden sei. Dadurch gerieten die drei baltischen Staaten zwangsläufig allzu sehr in die Rolle von Objekten der Großmachtpolitik, und man schenkte ihren eigenen Bemühungen zu wenig Beachtung, durch Anpassung an die Veränderungen des Kräftegleichgewichts ihren schmalen Handlungsspielraum aktiv zu nutzen. Diesen außenpolitischen Aspekt gerade auch in seinem Bezug zur innenpolitischen Entwicklung untersucht der Verfasser anhand dreier bislang hierfür nicht in solcher Gründlichkeit herange-

<sup>1</sup> Seppo MYLLYNIEMI, *Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik*, Helsinki 1973 (Dissertationes historicae, 2).

zogenen Quellengruppen: den in nord- und westeuropäischen Archiven zugänglichen Berichten diplomatischer Vertreter verschiedener Länder in den baltischen Staaten; dem etwas unglücklich als »Emigrantenmaterial« (S. 8) bezeichneten Bericht des vom amerikanischen Kongreß zur Untersuchung des Anschlusses der baltischen Republiken an die Sowjetunion eingesetzten sogen. »Kersten-Ausschusses«; von sowjetischer Seite schließlich standen dem Verfasser wie leider der gesamten mit diesen Fragen befaßten westlichen Forschung keine Archive offen, so daß hier auf Literatur- und Quellenveröffentlichungen zurückgegriffen werden mußte.

Nach geraffter Darstellung der innenpolitischen Ausgangslage der drei baltischen Republiken behandelt der Verfasser in sechs größeren Abschnitten problemorientiert die entscheidenden Etappen bis zu deren Anschluß an die Sowjetunion. Das beginnt mit den auf den Außenministerkonferenzen der »Baltischen Entente« ab 1934 deutlich werdenden Bemühungen, eine Neutralitätspolitik einzuhalten, sowie deren Gefährdung durch die Kapitulation Litauens in der Memelfrage einerseits und durch die Einengung der innen- und außenpolitischen Bewegungsfreiheit Lettlands und Estlands andererseits, wo insbesondere der Oberbefehlshaber Laidoner die aus einem möglichen Vertrag zwischen Hitler und Stalin dem gesamten Baltikum drohenden Gefahren früh erkannte. In Auswertung besonders der Diplomatenberichte zeichnet der Verf. die innenpolitischen Rückwirkungen der Abschlüsse der Stützpunkt- und Beistandspakte nach, die in Estland zur Erweiterung der Regierungsbasis führten, in Lettland zu erheblicher Einbuße an Autorität und in Litauen zur Regierungsumbildung unter stärkerem Einschluß der Nationalisten.

Die Rolle der nationalen kommunistischen Parteien vom Rückschlag der »Säuberungen« 1936/38 bis zur verstärkten Propagandatätigkeit 1940 wird ebenso behandelt wie der Einfluß des finnischen Winterkrieges 1939/40 auf die Haltung der baltischen Staaten, die eine »Politik des Abwartens« verfolgten in der Hoffnung, »daß die Zeit für sie arbeite, wie sie es im Ersten Weltkrieg getan hatte«, d. h. daß sich dadurch eine Situation ergeben würde, in der sie zwischen den Großmächten ihre Selbständigkeit würden retten können (S. 103, 118). Die Beistandsverträge wurden dabei deutlich stärker als Bedrohung denn als Sicherheitsgarantie aufgefaßt, was beim litauischen Präsidenten Smetona zur alternativen Konsequenz führte, sein Land dem Deutschen Reich als Protektorat anzutragen, womit er in der Phase der sowjetischen Ultimaten aufgrund der innenpolitischen Zersplitterung Litauens scheiterte.

Eine Schilderung der in zwei Phasen erfolgenden Eingliederung in das Sowjetsystem sowie ein überblicksartiger »Epilog« über die Sowjetherrschaft 1940/41 runden das Werk ab. In seinem diese Entwicklungsphasen im finnischen und im baltischen Raum vergleichenden Exkurs kommt der Verf. zum abschließenden Ergebnis: »Finnland und die baltischen Republiken verstanden am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die sicherheitspolitischen Bestrebungen der Sowjetunion nicht« (S. 157); ihr daraus resultierendes Mißtrauen sei von einem ebensolchen Mißtrauen auf der Gegenseite beantwortet worden, das es der Sowjetunion nicht erlaubt habe, »in ihrer Baltikum- und Finnlandpolitik 1940–1941 flexiblere Alternativen zu suchen.« Diese stark auf sicherheitspolitische und strategische Überlegungen zurückgeführte Interpretation der sowjetischen Politik läßt wenig Raum für deren immerhin auch vorstellbare Orientierung an längerfristigen Zielen. Der Verf. betont zwar mehrmals die »Zweispurigkeit« der sowjetischen Politik: einerseits den vor 20 Jahren unter ganz anderen Bedingungen geschaffenen status quo verändern zu wollen, andererseits aber die Souveränität und Integrität der baltischen Staaten dabei zu achten (S. 57 f., 78, 118). In der Tat kann aus dem verfügbaren Quellenmaterial nicht bewiesen werden, daß die sowjetische Politik bereits im Herbst 1939 auf eine völlige Sowjetisierung dieses Gebietes abzielte (S. 154), es scheint aber ebenso unsicher, verstärktes Mißtrauen und Anstoß zum Handeln allein auf äußere Anlässe des Jahres 1940 (Smetonas Vertragsbruch im Februar, Deutschlands Angriff im Westen im Mai) zurückzuführen (S. 118 f.). Die für eine endgültige Klärung leider unzureichende Quellenlage erfordert es, die Möglichkeit früher

gefaßter und auf einschneidende Veränderungen gerichteter Absichten der sowjetischen Regierung nicht auszuschließen, was den Spielraum für »flexiblere Alternativen« deutlich einschränken würde.

So begrüßenswert die Aufnahme dieser Arbeit in die angesehene Reihe des Münchner Instituts für Zeitgeschichte ist, so bedauerlich sind einige durchaus vermeidbare Mängel wie insbesondere die häufigen Übersetzungsschwächen (u. a. bleibt dem Leser lange unklar, was eigentlich unter der sogar in Kapitelüberschriften aufgenommenen »baltischen Wahl« zu verstehen ist). Formale Einwände aber können nicht Myllyniemis Verdienste schmälern, die er sich mit seinen beiden Werken um die Erforschung der baltischen Geschichte in Krise und Zweitem Weltkrieg erworben hat.

Michael GARLEFF, Kiel

Roy DOUGLAS, *The Advent of War 1939–40*, London (Macmillan) 1978, XV–167 S.

R. T. THOMAS, *Britain and Vichy. The Dilemma of Anglo-French Relations 1940–42 (The Making of the 20th Century)* London (Macmillan) 1979, VII–230 S.

Das Bändchen von Douglas hat nicht, wie sein Titel vermuten lassen könnte, die internationale Politik 1939/40 zum Gegenstand. Vielmehr wird versucht, den Weg Großbritanniens in den Zweiten Weltkrieg vom März 1939 bis Mai 1940 nachzuzeichnen, also von der Besetzung Prags bis zur Ernennung Churchills als Premierminister und zum deutschen Angriff auf Westeuropa: Der Verfasser betont mit vollem Recht, daß diesen Daten nur bedingt Zäsurcharakter zukommt, wenn er es auch nicht immer mit den richtigen Argumenten tut. So wärmt er die alte These auf, der deutsche Griff nach Prag habe das Ende der britischen Appeasementpolitik und die Weichenstellung zum Krieg gebracht. Das Appeasement-Konzept sei aber schon längere Zeit durchlöchert gewesen. Gegenüber solcher Argumentation ist es wichtig, die Inhalte der sog. Appeasementpolitik deutlich zu klären. Hier begnügt sich der Verfasser damit, den Begriff Entspannung in die Debatte zu werfen, ohne aber die darin enthaltenen Probleme zu Ende zu diskutieren. Denn Entspannung – in der Tat eine angemessene Übersetzung von Appeasement in die Sprache unserer Tage – implizierte aus Londoner Sicht auch vor 1939 die Bereitschaft zum militärischen Widerstand für den Fall, daß britische Interessen bedroht waren. Andererseits war die britische Regierung auch nach Prag bereit, auf der Basis eines multipolaren Gleichgewichts, dessen Erhaltung im Sommer 1939 immer noch denkbar und aus britischer Sicht vor allem wünschbar war, mit Deutschland über Modifikationen des Status quo zu sprechen. Eher zutreffen dürfte die hierzu passende These des Verfassers, daß der Wechsel im Amt des Premierministers auf Winston Churchill psychologisch wichtig, in der Sache aber nicht ausschlaggebend war. Churchill war bereits vorher Mitglied des Kabinetts und in seiner Eigenschaft als Erster Lord der Admiralität vom Norwegen-Debakel unmittelbar betroffen. Neville Chamberlain blieb Kabinettsmitglied und zwar des engeren, aus nur fünf Mitgliedern bestehenden Kriegskabinetts.

Eine andere weit verbreitete Legende, an der Douglas festhält, betrifft die Hintergründe des britischen Kriegseintritts. Dem Leser wird eine simplifizierende Gegenüberstellung von schwächlich zaudernder Regierung und Entschlossenheit fordernder öffentlicher Meinung suggeriert. Leider wird nirgends belegt, wo die sogenannte öffentliche Meinung den Kurs der Regierung maßgeblich beeinflußt hat. Öffentliche Meinung bleibt eine geheimnisvolle Chiffre, mit der allzu dilettantisch operiert wird. Die angenommene Dichotomie von »Regierung« und »Öffentlichkeit« hat es in dieser Form schlechterdings nicht gegeben. Vielmehr war die Regierung selbst Teil der Öffentlichkeit und hätte Wahlen 1939 oder 1940, die im Zeichen von Friedenspropaganda abgehalten worden wären, sicherlich klar gewonnen, wie der Verfasser auch an einer Stelle einräumt und wie auch der parlamentarischen Opposition deutlich war. Die